

<b>Kundenstamm-Vertrag<sup>1</sup></b> Einzelkonten und Einzeldepots	Kunden-Nr. 0000091897
--	--------------------------

Bank Testbank Aew Karlsruhe RZBK 88 Postfach 9998 74819 Karlsruhe
--

Steuernummer bzw. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer DE 880116080	Rechnungsnummer gemäß § 14 Abs. 4 Nr. 4 UStG 0000091897160930
--	--

Name, gegebenenfalls auch Geburtsname, Firma, Anschrift/Sitz Herr Maximilian Müller, GAD-Str. 2-6, 48163 Münster		
Postanschrift (falls abweichend)		
Geburtsdatum/Gründungsdatum 31.03.1981	Familienstand verheiratet	
Telefon	Fax-Nr.	
E-Mail thomas.zobel@fiduciagad.de		
Beruf/Status Produktmanager		
Arbeitgeber		
Rechtsform Angestellte(r)	Register-Eintragung beim Amtsgericht	unter der Nr.
Branche	<input type="checkbox"/> selbstständig <input type="checkbox"/> gebietsfremd <input type="checkbox"/> Steuerausländer	<input type="checkbox"/> Jahresertragnisaufstellung

### 1 Kontoführung

Alle gegenwärtigen und künftigen Konten und Depots unter der vorstehend genannten Kunden-Nr. wird die Bank zu den im Kundenstamm-Vertrag festgelegten Daten und getroffenen Vereinbarungen führen.  
Änderungen seines Namens und seiner Anschrift hat der Kunde der Bank unverzüglich mitzuteilen.

### 2 Kündigung des Basiskontos durch die Bank

Wird unter Bezugnahme auf diesen Kundenstammvertrag ein Basiskonto im Sinne der §§ 30 ff. des Zahlungskontengesetzes eröffnet, kann die Bank den Basiskontovertrag unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Monaten kündigen, wenn

- (a) über das Basiskonto in mehr als 24 aufeinanderfolgenden Monaten kein vom Kontoinhaber in Auftrag gegebener Zahlungsvorgang ausgeführt wurde,
- (b) der Kontoinhaber die Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Satz 2 Zahlungskontengesetz nicht mehr erfüllt,
- (c) der Kontoinhaber ein weiteres Zahlungskonto, das von ihm nach Maßgabe des § 35 Abs. 1 Satz 1 und 2 Zahlungskontengesetz genutzt werden kann, im Geltungsbereich des Zahlungskontengesetzes eröffnet hat oder
- (d) der Kontoinhaber eine angekündigte Änderung des Basiskontovertrags nach § 675g des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgelehnt hat, die die Bank allen Inhabern von bei ihr geführten entsprechenden Basiskonten wirksam angeboten hat.

Darüber hinaus kann die Bank einen Basiskontovertrag unter den Voraussetzungen des § 42 Absätze 3 und 5 des Zahlungskontengesetzes unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten kündigen. Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann die Bank einen Basiskontovertrag unter den Voraussetzungen des § 42 Absätze 4 und 5 des Zahlungskontengesetzes kündigen.

### 3 Angaben zum Vertreter

Name, vollständige Anschrift des Vertreters
---

### 4 Selbstauskunft zur steuerlichen Ansässigkeit natürlicher Personen<sup>2</sup>

Zur Einholung der folgenden Selbstauskunft ist die Bank gemäß § 117c AO in Verbindung mit der jeweiligen Umsetzungsverordnung verpflichtet:

#### 4.1 Prüfpflichten nach dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten:

Der Kontoinhaber/Treugeber ist eine natürliche Person und Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika.

☐ Ja ☒ Nein

Der Kontoinhaber/Treugeber ist eine natürliche Person und in den Vereinigten Staaten von Amerika steuerlich ansässig<sup>3</sup>.

☐ Ja ☒ Nein

#### 4.2 Prüfpflichten nach dem OECD-Standard über den automatisierten Austausch von Informationen zu Finanzkonten:

Der Kontoinhaber/Treugeber ist in weiteren Auslandsstaaten (außer Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika) steuerlich ansässig<sup>3</sup>:

☐ Ja

Land:

Steueridentifikationsnummer aus diesem Land:

☒ Nein

Diese Selbstauskunft ersetzt alle vorausgegangenen Selbstauskünfte des Kontoinhabers/Treugebers.

Über wesentliche Änderungen informiert der Kontoinhaber/Treugeber das Kreditinstitut binnen 30 Tagen.

Sofern Sie im Ausland steuerlich ansässig sind, sind wir verpflichtet, die nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz ermittelten Daten an das Bundeszentralamt für Steuern für Zwecke der Übermittlung an den jeweiligen Ansässigkeitsstaat zu übermitteln.

5 Der Verwendung der Daten für Werbezwecke kann jederzeit widersprochen werden.

#### 6 AGB-Einbeziehung

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten ergänzend die **Allgemeinen Geschäftsbedingungen** der Bank und deren **Sonderbedingungen** für den Überweisungsverkehr, für den Lastschriftverkehr, für den Scheckverkehr, für die VR-BankCard, für die VR-ServiceCard, für die Abholung von Briefen und für die Überlassung von Briefschließfächern, für das Online-Banking, für die Nutzung des elektronischen Postfachs, für den Sparverkehr, für die VR-SparCard, für das Wechseldiskont- und Wechseleinzugsgeschäft und für Wertpapiergeschäfte. Der Wortlaut dieser Bedingungen kann in den Geschäftsräumen der Bank eingesehen werden. Auf Verlangen werden diese Bedingungen auch ausgehändigt oder zugesandt.

Ort, Datum Karlsruhe, 09.10.2017	Unterschrift des Kunden/Vertreters
-------------------------------------	------------------------------------

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe teil. Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für Privatkunden, Firmenkunden sowie bei Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags für Nichtkunden die Möglichkeit, den Ombudsmann für die genossenschaftliche Bankengruppe anzurufen (<http://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle>). Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die außergerichtliche Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße 4, 10785 Berlin, Fax: 030 2021-1908, E-Mail: [kundenbeschwerdestelle@bvr.de](mailto:kundenbeschwerdestelle@bvr.de) zu richten.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 48 des Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes) besteht zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn. Zudem besteht in diesen Fällen auch die Möglichkeit, eine Beschwerde unmittelbar bei der Bank einzulegen. Die Bank wird Beschwerden in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) beantworten.

Die Europäische Kommission stellt unter <http://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

<input type="checkbox"/> Bei dem Vertrag handelt es sich um einen Fernabsatzvertrag. Die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben für die Vertragsverhandlungen und den Vertragsschluss im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet.
<input type="checkbox"/> Bei dem Vertrag handelt es sich um einen außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Vertrag. Die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben den Vertrag bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen der Bank geschlossen bzw. der Kunde hat sein Angebot bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen abgegeben oder der Vertrag wurde in den Geschäftsräumen der Bank geschlossen, der Kunde wurde jedoch unmittelbar zuvor außerhalb der Geschäftsräume bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit des Kunden und der Bank persönlich und individuell angesprochen.
<input type="checkbox"/> Bei dem Vertrag handelt es sich um ein Präsenzgeschäft. Es liegen weder die Voraussetzungen für einen Fernabsatzvertrag noch für einen Außergeschäftsraumvertrag vor.

Legitimationsprüfung für: Herr Maximilian Müller

Die Unterschrift unter diesem Kundenstamm-Vertrag	
<input checked="" type="checkbox"/> wurde vor mir von dem Kunden geleistet.	<input checked="" type="checkbox"/> wurde von mir geprüft.
Der Kunde	hat sich ausgewiesen durch (Urkunde)
<input type="checkbox"/> ist bereits legitimiert.	<input checked="" type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/>
Nr. 4070444561	ausstellende Behörde Stadt Münster
Staatsangehörigkeit Deutschland	Ausstellungsdatum 01.01.2010
Steuer-Identifikationsnummer	Geburtsort Warendorf
	Wirtschafts-Identifikationsnummer bzw. Steuernummer

Legitimationsprüfung für:

Die Unterschrift unter diesem Kundenstamm-Vertrag		
<input type="checkbox"/> wurde vor mir von dem Vertreter geleistet.	<input type="checkbox"/> wurde von mir geprüft.	
Der Vertreter hat sich ausgewiesen durch (Urkunde)		
<input type="checkbox"/> ist bereits legitimiert.	<input type="checkbox"/> Personalausweis	<input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/>
Nr.	ausstellende Behörde	Ausstellungsdatum
Staatsangehörigkeit		Geburtsort
Steuer-Identifikationsnummer		Wirtschafts-Identifikationsnummer bzw. Steuernummer

Ist der Kontoinhaber keine natürliche Person, ist der kontrollierende/begünstigte wirtschaftlich Berechtigte abzuklären.

Soweit der PEP-Status nicht institutsintern anderweitig geklärt wird (z. B. durch Geno-SONAR):

Üben oder übten Sie oder ein enges Familienmitglied von Ihnen (direkter Verwandter oder Ehegatte) ein wichtiges öffentliches Amt aus?

☐ Nein. ☐ Ja,  übt(e) das folgende

wichtige Amt

☐ im Inland ☐ im Ausland in  aus.

☐ Registerauszug vom  liegt vor.

Ort, Datum Karlsruhe, 09.10.2017	Mitarbeiter der Bank
-------------------------------------	----------------------

1 Zur Vollmachtserteilung Vordruck 340 520 oder Vordruck 340 560 verwenden.

2 Zur Selbstauskunft zur steuerlichen Ansässigkeit eines Rechtsträgers Vordruck 264 610 verwenden.

3 Die steuerliche Ansässigkeit ergibt sich aus dem nationalen Steuerrecht. In Zweifelsfällen wird empfohlen, die Angaben hierzu mit dem Steuerberater abzustimmen.

<b>Kundenstamm-Vertrag<sup>1</sup></b> Einzelkonten und Einzeldepots	Kunden-Nr. 0000091897
--	--------------------------

Bank Testbank Aew Karlsruhe RZBK 88 Postfach 9998 74819 Karlsruhe
--

Steuernummer bzw. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer DE 880116080	Rechnungsnummer gemäß § 14 Abs. 4 Nr. 4 UStG 0000091897160930
--	--

Name, gegebenenfalls auch Geburtsname, Firma, Anschrift/Sitz Herr Maximilian Müller, GAD-Str. 2-6, 48163 Münster		
Postanschrift (falls abweichend)		
Geburtsdatum/Gründungsdatum 31.03.1981	Familienstand verheiratet	
Telefon	Fax-Nr.	
E-Mail thomas.zobel@fiduciagad.de		
Beruf/Status Produktmanager		
Arbeitgeber		
Rechtsform Angestellte(r)	Register-Eintragung beim Amtsgericht	unter der Nr.
Branche	<input type="checkbox"/> selbstständig <input type="checkbox"/> gebietsfremd <input type="checkbox"/> Steuerausländer	<input type="checkbox"/> Jahresertragnisaufstellung

### 1 Kontoführung

Alle gegenwärtigen und künftigen Konten und Depots unter der vorstehend genannten Kunden-Nr. wird die Bank zu den im Kundenstamm-Vertrag festgelegten Daten und getroffenen Vereinbarungen führen.  
Änderungen seines Namens und seiner Anschrift hat der Kunde der Bank unverzüglich mitzuteilen.

### 2 Kündigung des Basiskontos durch die Bank

Wird unter Bezugnahme auf diesen Kundenstammvertrag ein Basiskonto im Sinne der §§ 30 ff. des Zahlungskontengesetzes eröffnet, kann die Bank den Basiskontovertrag unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Monaten kündigen, wenn

- (a) über das Basiskonto in mehr als 24 aufeinanderfolgenden Monaten kein vom Kontoinhaber in Auftrag gegebener Zahlungsvorgang ausgeführt wurde,
- (b) der Kontoinhaber die Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Satz 2 Zahlungskontengesetz nicht mehr erfüllt,
- (c) der Kontoinhaber ein weiteres Zahlungskonto, das von ihm nach Maßgabe des § 35 Abs. 1 Satz 1 und 2 Zahlungskontengesetz genutzt werden kann, im Geltungsbereich des Zahlungskontengesetzes eröffnet hat oder
- (d) der Kontoinhaber eine angekündigte Änderung des Basiskontovertrags nach § 675g des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgelehnt hat, die die Bank allen Inhabern von bei ihr geführten entsprechenden Basiskonten wirksam angeboten hat.

Darüber hinaus kann die Bank einen Basiskontovertrag unter den Voraussetzungen des § 42 Absätze 3 und 5 des Zahlungskontengesetzes unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten kündigen. Ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann die Bank einen Basiskontovertrag unter den Voraussetzungen des § 42 Absätze 4 und 5 des Zahlungskontengesetzes kündigen.

### 3 Angaben zum Vertreter

Name, vollständige Anschrift des Vertreters
---

### 4 Selbstauskunft zur steuerlichen Ansässigkeit natürlicher Personen<sup>2</sup>

Zur Einholung der folgenden Selbstauskunft ist die Bank gemäß § 117c AO in Verbindung mit der jeweiligen Umsetzungsverordnung verpflichtet:

#### 4.1 Prüfpflichten nach dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten:

Der Kontoinhaber/Treugeber ist eine natürliche Person und Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten von Amerika.

☐ Ja ☒ Nein

Der Kontoinhaber/Treugeber ist eine natürliche Person und in den Vereinigten Staaten von Amerika steuerlich ansässig<sup>3</sup>.

☐ Ja ☒ Nein

#### 4.2 Prüfpflichten nach dem OECD-Standard über den automatisierten Austausch von Informationen zu Finanzkonten:

Der Kontoinhaber/Treugeber ist in weiteren Auslandsstaaten (außer Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika) steuerlich ansässig<sup>3</sup>:

☐ Ja

Land:

Steueridentifikationsnummer aus diesem Land:

☒ Nein

Diese Selbstauskunft ersetzt alle vorausgegangenen Selbstauskünfte des Kontoinhabers/Treugebers.

Über wesentliche Änderungen informiert der Kontoinhaber/Treugeber das Kreditinstitut binnen 30 Tagen.

Sofern Sie im Ausland steuerlich ansässig sind, sind wir verpflichtet, die nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz ermittelten Daten an das Bundeszentralamt für Steuern für Zwecke der Übermittlung an den jeweiligen Ansässigkeitsstaat zu übermitteln.

5 Der Verwendung der Daten für Werbezwecke kann jederzeit widersprochen werden.

#### 6 AGB-Einbeziehung

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten ergänzend die **Allgemeinen Geschäftsbedingungen** der Bank und deren **Sonderbedingungen** für den Überweisungsverkehr, für den Lastschriftverkehr, für den Scheckverkehr, für die VR-BankCard, für die VR-ServiceCard, für die Abholung von Briefen und für die Überlassung von Briefschließfächern, für das Online-Banking, für die Nutzung des elektronischen Postfachs, für den Sparverkehr, für die VR-SparCard, für das Wechseldiskont- und Wechseleinzugsgeschäft und für Wertpapiergeschäfte. Der Wortlaut dieser Bedingungen kann in den Geschäftsräumen der Bank eingesehen werden. Auf Verlangen werden diese Bedingungen auch ausgehändigt oder zugesandt.

Ort, Datum Karlsruhe, 09.10.2017	Unterschrift des Kunden/Vertreters
-------------------------------------	------------------------------------

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe teil. Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für Privatkunden, Firmenkunden sowie bei Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags für Nichtkunden die Möglichkeit, den Ombudsmann für die genossenschaftliche Bankengruppe anzurufen (<http://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle>). Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die außergerichtliche Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich der deutschen genossenschaftlichen Bankengruppe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße 4, 10785 Berlin, Fax: 030 2021-1908, E-Mail: [kundenbeschwerdestelle@bvr.de](mailto:kundenbeschwerdestelle@bvr.de) zu richten.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 48 des Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes) besteht zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn. Zudem besteht in diesen Fällen auch die Möglichkeit, eine Beschwerde unmittelbar bei der Bank einzulegen. Die Bank wird Beschwerden in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) beantworten.

Die Europäische Kommission stellt unter <http://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

1 Zur Vollmachtserteilung Vordruck 340 520 oder Vordruck 340 560 verwenden.

2 Zur Selbstauskunft zur steuerlichen Ansässigkeit eines Rechtsträgers Vordruck 264 610 verwenden.

3 Die steuerliche Ansässigkeit ergibt sich aus dem nationalen Steuerrecht. In Zweifelsfällen wird empfohlen, die Angaben hierzu mit dem Steuerberater abzustimmen.